

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

178 (4.8.1920)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Reizungspreis: Durch unsere Träger 5.— M. einschl. 30 1/2 Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 4.60 M.; durch die Post bezogen 4.80 M., ohne Ausgabe- u. Zustellgebühr, monatl. Einzelzempl. 25 1/2.

Ausgabe: Berlags mittags, Geschäftsstelle und Redaktion: Kuisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelle 1.— M. Die Restamegeile 3.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Internationaler Sozialistenkongress.

Genf, 3. Aug. In der gestrigen Nachmittags-Sitzung wurde der in Folge des Protestes der kommunistischen Delegation gegen die von der Kommission für die Verantwortung der Kriegsverbrechen abgeordnete Resolution abgelehnt. Der Berichterstatter, Lafontaine-Belgien, stellte dazu fest, daß die Resolution nicht die Haltung der deutschen Sozialisten vor dem Kriege weniger scharf getadelt wird. Außerdem wird in dem neuen Text festgestellt, daß es nicht bloß für die deutsche Sozialdemokratie, sondern für Deutschland keine eskalatorische Frage mehr gibt. Diese so abgeänderte Resolution wurde vom Kongress nunmehr einstimmig und ohne Diskussion angenommen.

Aus der Stimmzählung der auf dem Kongress vertretenen Parteien ergibt sich u. a., daß England 30, Frankreich 3 und Deutschland 20 Stimmen hat. Hierauf beriet der Kongress über eine von der Kommission für den Völkerbund vorgeschlagene Resolution. Der Berichterstatter, Lafontaine-Belgien, stellte dazu fest, daß leider nach dem Krieg der Militarismus noch nicht abgeschafft sei. Die Sozialdemokratie stehe vor zwei Möglichkeiten. Entweder, sie müsse darauf hinwirken, daß ein neuer Völkerbund geschaffen werde, oder aber sie müsse versuchen, den bestehenden Völkerbund mit ihrem Geiste zu durchdringen und ihn zu einem wirklich demokratischen Instrument des allgemeinen Friedens zu machen. Es gehe nicht an, daß alle Lasten auf ein Volk abgewälzt werden, das so wie am schwersten unter den Folgen des Krieges zu leiden habe. Die Sozialdemokratie werde versuchen, auf die nächste am 15. November einberufene Völkerbundsversammlung bereits Einfluß in ihrem Sinne zu gewinnen. — Aus diesen Ausführungen ergibt sich zugleich, in welchem Sinn die Resolution in der Völkerbundsfrage abgelehnt sein wird.

Genf, 3. Aug. Auf der heutigen Vormittags-Sitzung des internationalen Sozialistenkongresses beschloß man sich mit der Frage des Völkerbundes. Es sprachen hauptsächlich Delegierte der Kriegsentlassenen Staaten, die den Friedensvertrag von Versailles und den Völkerbund hart kritisierten und dafür eintraten, daß die Internationale ihren Einfluß in diesen beiden Abmachungen geltend mache. Bernstein (Deutschland) unterstützte die Ausführungen. Es gab kein Verbotswort, weder ein deutsches, noch ein anderes, denn Fehler und Verbrechen seien bei allen Nationen begangen worden. Bernstein wurde Beifall zu teil, als er ausführte, daß der Vertrag von Versailles nicht nur das deutsche Volk schwer gedrückt habe, sondern auch eine ständige Beunruhigung für Europa sei. Deutschland wolle wirklich den Frieden und sei doch so wehrlos gemacht worden, daß es nicht einmal seine Grenzen im Osten schützen könne.

In der Resolution der Kommission für den Völkerbund heißt es: Der internationale Sozialistenkongress stellt fest, daß der Vertrag von Versailles und die ihm folgenden, die ihm gefolgt sind, die Welt in einem Zustand der Unsicherheit und Verwirrung gelassen haben, der ein viel beunruhigender Zustand ist, als er vor dem Kriege, im Jahre 1914, war. Dieser Zustand führt zum Weiterbestehen oder zum Wachstum des Militarismus mit den Gefahren, die damit zusammenhängen. Der Friedensvertrag hat eine Organisation des Völkerbundes geschaffen, die die arbeitenden Klassen im Interesse des Friedens nicht mit Gleichgültigkeit behandeln können, aber sie haben die Verpflichtung, das Ungenügende und Unvollständige dieses Völkerbundes klar darzulegen, dessen verdamnungswürdige Bestimmung, die durch Artikel 12 des Vertrags erfolgte Anerkennung des Rechts auf Krieg ist.

Der Völkerbund kann nur eine tatsächliche Sicherung des Friedens sein, wenn er zu einem internationalen demokratischen Organismus wird, zusammenschließend alle Völker ohne Ausnahme. Wenn er sich als solches erweist, der eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen, die bereits vom Luzerner Kongress festgelegt wurden, und wenn er die Mittel der Kontrolle und der Sicherung hat, die ihm ermöglicht werden, durch die Schaffung einer internationalen Polizei die allgemeine Entwaffnung aller Völker zu Lande und zu Wasser durchzusetzen. Es genügt nicht, daß der Völkerbund eine demokratische Verfassung hat. Zu wünschen ist die Abschaffung seiner Befugnisse hinsichtlich der Verteilung der Rohstoffe, der Transporthilfen und auch der finanziellen Interessen der Kriegsländer, die nicht bloß zum größten Teil zu Lasten der Arbeiter gehen können, die am meisten unter der Last des Krieges gelitten haben.

Der Völkerbund wird, so verbessert und vervollständigt, das natürliche Werkzeug abgeben für die notwendige Umwandlung des Friedensvertrags von Versailles in einen gerechten und dauerhaften Frieden. Festhaltend an den Grundrissen der Wiedergutmachung, wird er eine geeignete Anwendung ermöglichen in der Art, daß den Völkern Europas die Mittel gegeben werden, sich in gemeinsamen Interessen der Welt wieder zu erholen. Er wird die Landesgrenzen, die durch den Friedensvertrag endgültig festgelegt worden sind, durch Grenzen ersetzen, die den frei ausgesprochenen Wünschen der Völker entsprechen.

Der Internationale Kongress fordert daher die sozialistischen Parteien der einzelnen Länder auf, alle ihre Aufregungen darauf zu richten, ihren Delegierten in die gegenwärtige Organisation des Völkerbundes Eingang zu verschaffen und hätte auf diese Weise seine innere Zusammensetzung zu ändern und seine Befugnisse zu erweitern, um die Garantien zu schaffen für die Uebereinstimmung aller Völker, die gleichmäßig an der Erhaltung des Friedens interessiert sind.

In einem so gesicherten Friedenszustand wird das ganze Völkerrecht befreit von dem Abdruck des Krieges und von der Gefahr der Rüstungen, seine Anstrengungen für seine vollständige Befreiung bis zum endgültigen Siege fortsetzen können.

Internationaler Bergarbeiterkongress.

Genf, 2. Aug. In der heutigen Nachmittags-Sitzung sprach der belgische Delegierte Dejaridin über den belgischen Statuentwurf. Durch die Umhüllung der ganzen Welt infolge des Krieges müsse auch ein neues Programm

entworfen werden. Neben der Forderung für Herabsetzung der Arbeitszeit und auf Sozialisierung müsse auch der Kampf gegen jede kriegerische Unternehmung erklärt werden. — In längerer Rede vertrat sich der deutsche Delegierte Wisnmann, Generalsekretär der deutschen Bergarbeiter, über den gleichen Gegenstand und sagte, Deutschland habe mit dem Militarismus aufgeräumt und es sei zu wünschen, daß die anderen Länder diesem Beispiel bald folgten. Was die Deportationen anbetreffe, so müsse er darauf verweisen, daß die deutschen Sozialisten alles getan hätten, um die deportierten Arbeiter in ihre Heimat zurückzuführen, daß sie aber durch die Militaristen gewaltsam daran gehindert worden seien. Der Vorwurf, daß die deutschen Sozialisten die Deportationen gebuldet hätten, sei durchaus unzutreffend. Das müßten auch die Belgier und die Franzosen wissen. Die Herabsetzung der Arbeitszeit auf sechs Stunden müsse durch internationale Regelung angestrebt werden. — Mit der Statutenänderung sind auch die französischen Delegierten einverstanden, wie der Franzose Barthelemy betonte, doch dürfe diese Aenderung nicht bis zum nächsten Kongress verschoben werden, wie Präsident Emille vorgeschlagen habe. — Die deutsche Delegation lehnt sich für die Herabsetzung der Arbeitszeit auf sechs Stunden, doch diese Frage nochmals eingehend in einer Kommission beraten werde. Die Frage, etwaige kriegerische Unternehmungen durch einen internationalen Generalfreistat von vornherein zum Scheitern zu bringen, sei so wichtig, daß sie unbedingt noch eingehend in der Kommission erörtert werden müsse. Nur müsse man dann auch die entsprechenden Konsequenzen ziehen. Man dürfe nicht vergessen, daß zwischen Polen und Rußland Krieg sei und selbst ein drohender Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland müsse durch das gleiche Mittel unterdrückt werden.

Zum Schluß der Nachmittags-Sitzung sprach Präsident Emille darüber, diese Angelegenheit dem internationalen Komitee zu übertragen mit dem Auftrag, dem Kongress vor seinem Abschluß noch definitive Bericht zu erstatten, damit die Frage eines internationalen Generalfreistats zur Vermeidung von Kriegen noch auf dem jetzigen Kongress erledigt werden könne.

Genf, 3. Aug. Die internationale Bergarbeiterkonferenz schloß heute vormittag ihre Beratungen ab. Den Vorsitz führte heute Sade, Mitglied des Vorstandes des Deutschen Bergarbeiterverbandes. Verhandelt wurde über den Antrag der englischen Delegierten betr. die Nationalisierung der Bergwerke. Nach den Ausführungen des Generalsekretärs Sade, betonte die Macht des Kapitalismus und die Beteiligung der Arbeiter im Bergbau, ferner den Übergang der Bergwerke in den allgemeinen Besitz unter der Verwaltung einer Kooperation, die sich aus Vertretern der Arbeiter, der Konsumenten und des Staates zusammensetzt. Erörtert wurde auch der deutsche Vorschlag auf Einführung eines internationalen Kohlenrates, der die Steuerung der Produktion, die Verteilung der Kohlen und die Festlegung der Preise unter sich hat.

Die erste Frage fand allgemeine Zustimmung, und man einigte sich dahin, daß Nationalisierung und Sozialisierung der Bergwerke ziemlich das gleiche Ziel seien. Ueber die Frage eines internationalen Kohlenrates gingen aber die Meinungen auseinander. Engländer wie Franzosen waren der Ansicht, daß diese Einrichtung erst in Frage komme, wenn die Nationalisierung durchgeführt sei.

Sitzung des Völkerbundesrates.

Genf, 3. Aug. Die öffentliche Sitzung des Völkerbundesrates wurde heute vormittag 11 Uhr eröffnet. Der Rat annullierte den Artikel 3 der Resolution vom 18. Januar 1920, der der Regierung des Saargebietes sämtliche Kosten der Grenzkommission auferlegt. Auf den Bericht Fitztonis hin wurde beschlossen, auf die Tagesordnung der ersten Völkerbundsversammlung die Frage der Wiederaufnahme zu setzen. Der Rat schlägt der Versammlung vor, eine internationale Wiederaufbaukommission für die Organisation eines Aktionsplanes zu ernennen. Gemäß dem Bericht von Quinones de Leon beschloß der Rat, die Vereinigten Staaten zu Teilnahme an der internationalen Verkehrs-Konferenz einzuladen, sowie allen anerkannten Regierungen die Tagesordnung der Konferenz und das diesbezügliche orientierende Material zuzustellen. Nach Anhörung des Berichts von Cunha beschloß der Rat, den Plan der internationalen Organisation auf Schaffung eines internationalen Anstalts für Hygiene zu genehmigen und der Völkerbundsversammlung vorzulegen. Gemäß dem Bericht von Bourgeois beschloß der Rat die Veröffentlichung von Dokumenten bezüglich des Völkerbundes durch die internationale Universitätskommission in Brüssel zu subventionieren.

Die Lage in Jittau.

Zu der Lage in Jittau melden die Berliner Mitteilungsblätter: Der Oberbürgermeister von Jittau, der nach Dresden geschickt war, wird heute mit dem Vorbringen der Reichswehr in Jittau zurückgekehrt. Der über Ausschuß, der sich die Polizeigewalt angemahnt hatte, herrscht immer noch. Da die großen Ueberlandzentralen weiterhin still liegen, sind angeblich Hunderte von Fabriken und Werken zum Streifen gezwungen. Die Stimmung der einsichtigen Arbeiterschaft ist unbedingt gegen den Terror und gegen den Streik.

Jittau, 3. Aug. Eine von 6000—8000 Personen besuchte Versammlung beschloß heute vormittag, morgen eine Abstimmung in den Betrieben über die Weiterführung des Streiks stattfinden zu lassen. Von den früheren Forderungen der Rabilalen war nicht mehr die Rede. Man verlangte nur die Aufhebung des Belagerungszustandes. Aufschriften sind nicht borgekommen. Der Bahnverkehr ist wieder aufgenommen.

Die ungarische Reaktion bedroht Oesterreich.

Wie die Wiener „Arbeiterzeitung“ meldet, riefte der Sekretär und der Vorsitzende der österreichischen Gewerkschaftskommission eine Kundgebung an den internationalen Gewerkschaftsbund, in der betont wird, daß die ungarische Reaktion das westliche österreichische Land bedrohe. Immer härtere ungarische Truppenkontingente würden an der österreichischen Grenze zusammengezogen. Die österreichische Arbeiterschaft appelliert an die Gewerkschaften von England, Frankreich und Italien, dem österreichischen Volk in seiner außerordentlich schwierigen Lage beizustehen.

Die Umbildung der badischen Regierung.

Die Umbildung der badischen Regierung gemäß den Bedürfnissen und der Parteilagerung unseres badischen Landes ist nunmehr Tatsache. Sie wird sowohl den Notwendigkeiten der Vereinfachung der Staatsverwaltung gerecht, indem sie die Zahl der Ministerien von 7 auf 6 reduziert, wie auch der Verschiebung der Wählermassen bei den Reichstagswahlen durch Uebergabe des Präsidiums von der Sozialdemokratie an das Zentrum und durch Verringerung der Zahl der Staatsräte.

Als am 2. April 1919 die Wahl der Regierung im Landtag erfolgte, verminderte man die stark angeschwollene Zahl der Ministerien der vorläufigen Volksregierung auf sieben mit dem stillschweigenden Vorbehalt, sobald es die politischen Verhältnisse erlauben, die Ministerien weiter auf ein Maß zu reduzieren, das unseren kleinen badischen Ländern angemessen ist. Diese politische Situation ist nunmehr eingetreten, nachdem der Geschäftskreis des Ministeriums des Auswärtigen so klein wurde, daß er von der Staatskanzlei miterledigt werden kann und außerdem das Ministerium für militärische Angelegenheiten in Begall gekommen ist.

Gleichzeitig ist bei der vorgenommenen Regierungsumbildung die Stimmenverschiebung gewissermaßen mechanisch in Erscheinung getreten. Nachdem die Zentrumspartei bei den letzten Reichstagswahlen sich als die weitaus stärkste erwies, übernimmt sie das Präsidium, mit dem sie den Justizminister Trunk betraut, der mit seinem Ressort jetzt das Amt des Staatspräsidenten vereint. Hierdurch tritt letzten Endes herbeigeführt durch den souveränen Volkswillen, eine Kräfteverschiebung bei der Regierung ein, deren Auswirkung in der allgemeinen Politik und bei den Gesetzgebungsarbeiten sich heute noch nicht genau berechnen läßt.

Als Minister eines scharf vorgezeichneten Ressorts und stellvertretender Staatspräsident ist der nunmehrige badische Staatspräsident Trunk bisher nicht allzu sehr in den Vordergrund getreten, so daß sich über seine Persönlichkeit kein Endurteil fällen läßt, wenn auch gesagt werden kann, daß das von Herrn Trunk geleitete Justizwesen bisher keinerlei Angriffe erfuhr.

Das Finanzministerium, dessen Leitung erst vor kurzem durch den Weggang des allseits gefeierten nunmehrigen Reichsfinanzministers Dr. Wirth eine Veränderung erfuhr, wird in den Händen des Zentrums bleiben und von Herrn Finanzminister Köhler weiter verwaltet werden, wobei schwierige Arbeiten noch seiner harren. Die Demokraten, bisher durch die Herren Hummel und Dietrich im Kabinett vertreten, ziehen den letzteren, der sein Können nunmehr dem Reiche widmen will, zurück und behalten nur noch den Herrn Unterrichtsminister Hummel, dessen Aufgabe es nunmehr sein wird, durch frische Energie die großen Fragen der Schulreform in Anlauf zu bringen. Das Ministerium des Innern und das Ministerium für soziale Fürsorge und öffentliche Arbeiten verbleibt wie bisher den Sozialdemokraten mit ihren bisherigen Vertretern Innenminister Kemmle, der zudem an Stelle von Trunk stellvertretender Staatspräsident wird, und Arbeitsminister Rückert. Ihrer Arbeitstätigkeit warten große Aufgaben, worunter besonders die Frage des Arbeitsbaues, die neue Gemeindeordnung, die Frage der Arbeitsbeschaffung, die soziale Fürsorge, Wohnungs- und Siedelungsfragen zu nennen sind. Eine Verringerung erfährt die Zahl der Staatsräte, aus deren Mitte die Staatsräte Engler von den Sozialdemokraten und Haas von den Demokraten austreten, die beide — Herr Haas als Innenminister der vorläufigen Volksregierung, Genosse Engler durch sein großes Wissen und seine reiche Erfahrung auf wirtschaftlichem Gebiete bei den zahlreichen Wirtschaftskrisen — große Verdienste um unser Land sich erworben.

Das Gesamtbild des Ministeriums ist somit: Staatspräsident und Justizminister Trunk und Finanzminister Köhler vom Zentrum, stellvertretender Staatspräsident und Innenminister Kemmle und Arbeitsminister Rückert von den Sozialdemokraten und Unterrichtsminister Hummel von den Demokraten. Hierzu kommen als unbesoldete Staatsräte: zwei Vertreter des Zentrums, ein Vertreter der Sozialdemokratie (wie bisher Genosse Marum) und ein Vertreter der Demokraten. Ausschied sind Staatspräsident und Minister für militärische Angelegenheiten Geiß von den Sozialdemokraten und Außenminister Dietrich von den Demokraten, ferner die Staatsräte Engler von den Sozialdemokraten und Haas von den Demokraten.

Rückblickend kann und muß bei dieser Gelegenheit konstatiert werden, daß bei aller Kritik, die im Einzelnen bei mancherlei Regierungshandlung der Weltanschauung des Vertriebers vorbehalten ist, die vor 1 1/2 Jahren gewählte Regierung es verstanden hat, Baden in anerkanntenswerter Weise über die Klippen einer anarchischen Zeit hinwegzuführen. Weit über die gelbten Grenzpfähle hinaus wird die ruhige Entwicklung unseres badischen Landes lobend gewürdigt.

die langsam und stetig uns besseren Verhältnissen entgegenzuführen bestimmt ist. Ist diese erfreuliche Tatsache auch verankert in der ruhigen freibewilligen Art unseres fränkisch-pfälzischen und felsch-alemannischen Volkstammes und ist sie vertieft durch die uralte demokratische Tradition ihrer politischen Institutionen und Regierungsweise, so bleibt es doch ein großes Verdienst der Regierung der badischen Republik, in konstanter Fortentwicklung den Staat den neuen Formen anzupassen.

Einen großen Teil des Ruhmes kann hierbei der erste badische Staatspräsident Anton Geiß für sich in Anspruch nehmen, der in der ruhig-schlüssigen Art, wie sie einem aus dem arbeitenden Volke hervorgegangenen und mit ihm verwachsenen Volksführer natürlich, durch verständliche Vermittlung den Staat um schwere innere Kämpfe herumzubringen suchte. Als der Landtagsabgeordnete und frühere Vizepräsident der 2. Kammer des badischen Landtags Anton Geiß am 9. November 1918 von Mannheim nach Karlsruhe fuhr, um die Forderungen der Mannheimer Arbeiter der damaligen Großherzoglichen Regierung zu übermitteln, dachte er wohl nicht daran, daß er andern Tages als Ministerpräsident an der Spitze der vorläufigen badischen Volksregierung stehen würde und nach Schaffung und Annahme der republikanischen badischen Verfassung der von allen Parteien gewählte erste Staatspräsident der badischen Republik sein würde. Die Parteien hatten, wie die Zukunft bewies und die neuerlichen Wünsche, den Staatspräsidenten Geiß weicher für den hervorragenden Posten zu erhalten, zeigten, keinen schlechten Griff mit ihrer Wahl gemacht. Denn gerade Geiß besaß, was in heutiger Sturmbelegter Zeit so wertvoll, die Gabe der verständlichen Vermittlung nach allen Seiten. Hierzu kommt noch die Autorität seines gereiften Alters, das in sich die Gewißheit wohlüberlegter Entschlüsse trägt. Daneben aber muß noch genannt werden die Lebenserfahrung, die sich der bisherige badische Staatspräsident in der Schule der Sozialdemokratie als langjähriger parlamentarischer Vertreter der Arbeiterschaft und Vorsitzender der sozialdemokratischen Partei Baden erworben hat. Zeit seines Lebens verbunden mit dem arbeitenden Volke sind ihm die Mühen und Sorgen des Arbeiters und kleine Mannes wohl vertraut, so daß er in heutiger harter Wirtschaftslage ihre schwere Situation miterlebt und zu lindern veruchte, was in seinen Kräften und in den Möglichkeiten des badischen Staates lag. Ebenso wie die Behebung des heutigen Wirtschaftslebens abhängig ist von Dingen, die außerhalb unseres Könnens liegen, ebenso sind aber auch die Möglichkeiten unseres badischen Staates umgrenzt, woran auch Regierungsstellen keine Beschränkung findet.

Über unsere Zeit hinaus wird jedoch sicher allzeit gedacht werden der Schaffung der Verfassung der Republik Baden, die unter der Ära Geiß zustande kam und unter seiner Staatspräsidentenschaft geleitet wurde. Immer tiefer verankert wurde. So bleibt seiner Nachfolgerin in der Hauptstadt die Arbeit, das Werk der Verfassung immer stärker unter öffentliches und kulturelles, politisches und soziales Leben durchzuführen und mit Klugheit und Energie unseren Wiederaufstieg weiterzuführen. Dem Genossen Geiß, dem ersten badischen Staatspräsidenten aber — und seiner Frau, die ihm eine teilnahmevolle Gefährtin ist —, der ja als Landtagsabgeordneter in steter Fühlung mit dem politischen Leben bleibt, wünschen wir weitere lange frohe Jahre, in denen er aus trüber jüngerer Vergangenheit und unruhiger Gegenwart dem Land und Volk Baden eine verheißungsvolle Zukunft heraufsteigen sehen möge.

Zum Rücktritt des Staatspräsidenten Geiß schreibt die „Karlsruher Zeitung“: „Das Ausscheiden des Staatspräsidenten Geiß aus der badischen Regierung ruft in den weitesten Kreisen des ganzen Landes das Gefühl aufrichtiger Bedauerns hervor. Staatspräsident Geiß hat sich durch seine geschickte und selbstlose stets auf das Wohl von Volk und Heimat bedachte Amtsführung sowohl wie durch sein gewinnendes und würdiges persönliches Auftreten die allgemeinste Wertschätzung und Anerkennung der Bevölkerung ohne Unterschied der parteipolitischen Überzeugung erworben. Ihm war es zum großen Teil zu verdanken, daß das badische Staatsschiff nicht nur durch die Novemberstürme des Jahres 1918, sondern auch durch alle bis heute gefolgten Krisen und Fährlichkeiten sicher hindurchgeführt werden konnte. Wir denken dabei namentlich an sein vermittelndes Eingreifen in den kritischen Tagen, die in der ersten Zeit nach der Revolution wiederholt für die Regierung angebrochen waren, eine Initiative, die dank seiner Befähigung und persönlichen Autorität immer wieder von Erfolg begleitet war. Wenn Staatspräsident Geiß nunmehr, nach nahezu zweijähriger Tätigkeit von dem hohen und verantwortungsvollen Amte zurücktritt, zu dem ihn das Vertrauen des badischen Volkes berufen hat, so darf er es in dem Bewußtsein tun, dieses Vertrauen in vollem Maße gerechtfertigt und sich damit den rückhaltlosen Dank der Heimat gesichert zu haben, der er, in seiner Eigenschaft als Abgeordneter, auch weiterhin seine reichen Kenntnisse und Erfahrungen widmen wird. Seine Verdienste werden ihm unvergessen bleiben.“

In ähnlicher anerkennender Weise äußert sich auch die Mehrheit der anderen badischen politischen Blätter.

Politische Uebersicht.

Aus der Debatte der allgemeinen Wehrpflicht.

In der Debatte über die Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht im Reichstag führte der Abg. Schöpplin in der Sitzung vom 30. Juni nach der Parteivorlesung etwa aus: „Der Gesetzesentwurf ist eine selbstverständliche Folge des durch unsere Niederlage geschaffenen Friedensvertrages. Ich verheißt nicht, wie die Gegner der Unabhängigen die allgemeine Wehrpflicht hier behaupten. Was es doch der große Fehler, der stets den großen Gedanken der allgemeinen Wehrpflicht gefordert und verteidigt hat, und Friedrich Engels war es, der die allgemeine Wehrpflicht als eine besonders demokratische Einrichtung pries. (Schärfster Beifall. — Unruhe d. b. u. Soz.) Damit stellen sich die Herren Reichstags und Hofenfeld im Gegensatz zum Ersten Programm und zu großen sozialistischen Führern. Wie allerdings der gute Gedanke der allgemeinen Wehrpflicht in Preußen verurteilt worden ist, dagegen haben wir seit Jahrzehnten immer und immer wieder, schärfsten Einspruch erhoben. Soweit also diese Art in Betracht kommt, verheißt ich die Schärfe der unabhängigen Redner sehr wohl, ganz besonders angeht die vorberühmte Rede des Generals von Gallwitz. (Sehr richtig!) Den an sich guten Gedanken des Herrn Schöpplin, der ein einjähriges Wirtschaftsjahr verlangt, lehnen wir in diesem Augenblick ab, ohne seine stützlichen Vorteile verkennen zu wollen. Wir müssen ihn ablehnen aus der augenblicklichen innerpolitischen Situation heraus, die ihn in diesem Zusammenhang unmöglich macht, nicht zuletzt auch wegen der Wirkung im Ausland, wo das geistliche Zusammenfallen mit der Abschaffung der Wehrpflicht sehr bedauerlich werden könnte. Erziehung und körperliche Tüchtigkeit, die auch wir fordern, stehen im alten Heer sicherlich nicht an erster Stelle. Wir werden heute nach der Abschaffung der Dienstpflicht dafür mehr tun, wie wir dies in unseren Arbeiterhorizonten ja bereits tun. (Beifall bei den Soz.)“

Unabhängiger „Erfolg“ in Obenbürg.

Durch die Schuld der unabhängigen Abgeordneten, die nicht vollständig zur Stelle waren, wurden am Freitag in Obenbürg Landtage zwei Beschlüsse gefaßt, die beachtenswert sind. So wurde zu einem neuen Erwerbssteuergesetz ein Antrag angenommen, der bestimmt, daß auch die Betriebe, deren Absatz nur auf die Mitglieder beschränkt, der Besteuerung unterliegen. Dadurch ist die Besteuerung der Konsumvertriebe Gesetz geworden. Wären die Unabhängigen vollständig zur Stelle gewesen, so wäre mit ihrer Hilfe dieser Antrag abgelehnt worden. Ebenso war es bei den Beschlüssen an die Meliorationsgesellschaften. Mit 22 gegen 21 Stimmen wurde hier ein Zentrumstrag angenommen, der bestimmt, daß die Zuschüsse an die Straße um 150 000 M. erhöht werden. Auch diese Annehmungen aus den Taschen der Steuerzahler, gegen die die Sozialdemokraten sich lebhaft entgegensetzt hatten, war nur möglich durch die Summelei einiger Unabhängigen, die es fertig brachten, bei derartig wichtigen Verhandlungen nicht anwesend zu sein, obwohl sie wußten, daß diese Gegenstände verabschiedet wurden.

Unantastbarer Servilismus.

Geoffen Leuten sitzt der Geist der wilhelminischen Ära, das Friederichium und Bismarckium, unantastbar im Blute. So finden wir in dem Gesuch eines Oberbediensteten, der um seine Wiedereinstellung als Oberbediensteter in die Reichsmarine bittet, an den Reichspräsidenten folgende herrliche Anrede: „Allerhochachtungsvoll, großmächtigster Reichspräsident! Allerhöchachtungsvoll Herr! Ein Hochwohlgeborenen wollen gnädigst geruhen, meine alleruntertänigste Bitte anzuhören und wohlwollend beizuhelfen zu wollen.“ Es folgt nun die Begründung des Gesuchs, das mit folgenden Worten schließt:

Nach seiner Konfirmation mußte Geinz ein par Fahrten auf seines Vaters Schiffe machen, nicht mehr als „Spiegelgänger“, sondern als strenggehaltener Schiffsjunge; aber er tügte sich und nach der ersten Rückkehr flopfte Kapitän Kirch ihm auf die Schulter, während er seiner Frau durch ein lautes Rufen ihren Anteil an seiner Befriedigung zukommen ließ. Die zweite Reise geschah mit einem Sechsjährer; denn der wachsende Handel dabei verlangte die persönliche Gegenwart des Geschäftsherrn. Dann, nach zwei weiteren Fahrten auf größeren Schiffen, war Geinz als Matrose in das älterliche Haus zurückgekehrt. Er war jetzt sechzehn Jahre; die blaue schirmlose Schiffermütze mit dem bunten Bande und den flatternden Wändern ließ ihn so auf zu seinem frischen, braunen Antlitz, daß selbst die Pastorstöchter durch den Baum lugten, wenn sie ihn nebenan im elterlichen Garten mit seiner Schwester spielen hörten. Auch Kapitän Kirch selber konnte es Sonntags beim Gottesdienste nicht unterlassen, von seinem Schifferstuhle nach unten in die Kirche hinabzuschauen, wo sein schmäcker Junge bei der Mutter saß. Unterweilen schweiften auch wohl seine Blicke drüben nach dem Eitaphe, wo zwischen mannigfachen Siegestrophäen sich die Marmorblüte eines stillen Mannes in gewaltiger Allongeverkleidung zeigte; gleich seinem Geinz nur eines Bürgerers Sohn, der gleichwohl als Kommandeur von dreien seiner Majestät Schiffe hier in die Vaterstadt zurückgekommen war. Aber nein, so hohe Pläne hatte Hans Kirch doch nicht mit seinem Jungen, vorläufig galt es eine Reise mit dem Hamburger Schiffe „Sammonia“ in die chinesischen Gewässer, von der die Rückkehr nicht vor einem Jahre erfolgen würde; und heute war der letzte Tag im elterlichen Hause.

Die Mutter hatte diesmal nicht ohne Tränen ihres Sohnes Kiste gepackt und nach der Rückkehr aus der Straße legte sie noch ihr eigenes Gefanquich obenauf. Der Vater hatte auch in den letzten Tagen außer dem Notwendigen nicht viel mit seinem Sohn gebraten; nur an diesem Abend, als er auf dem dunklen Hausflur ihm begegnete,

In Anbetracht dessen wollen Ein. Hochwohlgeborenen sich furchtsvoll (!) geruhen, meine Wiedereinstellung als Oberbediensteter alleruntertänigst genehmigen zu wollen. In diesem Besuche verharbt einem allerhöchachtungsvoll Reichspräsidenten alleruntertänigst. Raul B. Oberbediensteter der Reichsmarine.

Die Leiden unserer Gefangenen.

Man schreibt uns: „Unter Gefangnismauern in Avignon haben 330 Deutsche den Glauben an die Heimat zu verlieren. In jedem neuen Morgen steht die Hoffnung auf Befreiung aus den Ketten der jahrelangen Gefangenschaft auf, mit jedem Tag sinkt sie und mit dem Abend kommt das Sehnen nach der Heimat. Josef rüttelt an den Seelen der Armen, wie der Sturm an den Bäumen, die Heimat hat unser vergessen, während die Bedrückten sind sie in den Augen der Feinde, Liebende und dankenswürdigste Volksgenossen sollten sie in den unsen sein. Das Verbrechen. Da ist z. B. ein gewisser Rubin, 27 Jahre alt, Karlsruhe, der am 11. Februar 1918 auf einer Erkundungsgang den Albert und Aras in Gefangenschaft geriet. Er hatte den Befehl erhalten, auf dem Rückwege die gefallenen Feinde aus den Papieren zu durchsuchen, um aus denselben die gegenüberliegenden feindlichen Regimenter feststellen zu können. Ein feindlicher Nebel führte ihn irr, er kam direkt in die feindliche Linie. Der französische Kriegsgericht verurteilte ihn wegen Leichtsinns zu 10 Jahren Zuchthaus und 20 Jahren Landesverweis. Ein anderer Fall: Der Heideberger Otto Kraus entfiel seiner Bequemlichkeit wegen auf dem Transport von einem Lager nach einem Kriegsgefangenenlager das gezeichnete Innenbild eines Kindes. Wegen Miltärdienstverweigerung wurde er zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. So sehen diese „Verbrecher“ aus! Die deutschen Wehrmacht bemühen sich um Wiederaufnahmeverfahren oder Antonten des französischen Anwesenlassens auf diese deutschen Gefangenen, aber bis jetzt gänzlich ohne Erfolg. Herausgelassen sind aus dieser „Stadt des Elends und der Verzweiflung“ in Avignon nur die wenigen, die ihre Strafen schon verbüßt haben. Die anderen müssen weiter aushalten. Wer selbst schon in schlimmer Lage war, der weiß, um wie vieles leichter sich alle Unbill ertragen läßt, wenn man ein Ziel fühlen kann, wenn kleine Reizen liebevollen Gedankens die Macht der Leiden erheben. Dazu angeregt ist der Jovod hier Reizmaterial, halbzaren Epwazen usw. 1 Kilo-Paleten und adressiere.“

An den Hilfsmitteln der deutschen Kriegsgefangenen Depôt Spécial des P. O. in Avignon, Dep. Bausette. Die Redaktionen kommen nach den Erfahrungen des Weltkrieges des zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen, die ja dauernd für die noch immer Gefangenen tut, was in seinen Kräften steht, nach 3 Tagen bereits an und werden durch den Austausch gerecht verteilt. Die Freude, die man mit einer solchen Liebesgabe den gefangenen Deutschen machen kann, ist der kleinen Mühe und event. des Besorgnisses auf ein Teilchen seiner Süßigkeiten, oder Nahrungsmitteln wert. Zeigt, daß Ihr noch ein Herz für unsere Gefangenen habt.

Badische Politik.

Ein sogen. akademischer Ehrlich

Wie er bereits an der Freiburger Universität befehlt, ist nun auch an der Technischen Hochschule in Karlsruhe und an der Universität in Heidelberg eingerichtet worden. Der Haushaltsausschuß des Landtags bewilligt zu diesem Zweck für Heidelberg 800 000 M. für Karlsruhe 120 000 M. Es wurde betont, daß in Freiburg bereits rund 1200 Studierende von dieser notwendigen Einrichtung des sogen. akademischen Ehrlichen Gebrauch machen; man rechnet in Heidelberg ebenfalls mit etwa 1200, in Karlsruhe mit 400 Teilnehmern. Diese Geldsummen bestimmen auch die soziale Fraktion, für die Position zu stimmen. Denn es gibt gegenwärtig tatsächlich eine erhebliche Anzahl Studierende, welche finanziell nicht in der Lage sind, sich ein ausreichendes Mittagegeld beschaffen zu können.

Das Siedelungsgesetz.

Es wurde am Montag nachmittag mit der Annahme des folgenden Erträgnisparagaphen zum § 6 zum Abschluß gebracht: § 6. Zur Verwaltung der aus dem Reichsiedelungsgesetz ergab diesem Gesetz für das Arbeitsministerium sich ergebenden Aufgaben sowie aller Fragen des Siedelungswesens und der Landeskultur wird ein Landesiedelungsausschuß eingerichtet. Er besteht aus dem Arbeitsminister oder seinem Vertreter als Vorsitzenden, aus höchstens sechs vom Landtag zu wählenden Landesabgeordneten, aus höchstens zehn vom Arbeitsministerium

Hans und Heinz Kirch.

Novelle von Theodor Storm.

Zahllosen harte Kapitän Kirch seine Nacht verkauft. Mit einem stattlichen Schoner, der auf der heimischen Welt gebaut worden war, brachte er für fremde und mehr und mehr für eigene Rechnung Korn nach England und nahm als Rückfracht Kohlen wieder mit. So war zu dem Korn nun auch ein Kohlenhandel gekommen und auch diesen mußte gleich der Milchwirtschaft die Frau besorgen. Um seinen Geinz, wenn er bei seiner Heimkehr auf die kurze Frage: „Hat der Junge sich geschickt?“ von der Mutter eine bejahende Antwort erhalten hatte, schien er sich im übrigen nicht groß zu kümmern; nur beim Quartalschlusse besuchte er den Rektor und den Pastor zu besuchen, um zu erfahren, wie der Junge lerne. Dann hieß es allemal, das Lernen sei ihm nur ein Spiel, es bleibe dabei nur zuviel unnütze Zeit ihm übrig; denn wild sei er wie ein Teufel, sein Junge ihm zu groß und seine Spitze ihm zu hoch.

Auf Hans Adams Antlitz hatte sich, nach Aussage des Schullektors, mehrmals bei solcher Auskunft ein recht ungeeignetes und fast befriedigtes Lächeln gezeigt, während er mit einem kurz hervorgestoßenen „Na, na!“ zum Abschiede ihm die Hand gedrückt habe.

Wie recht übrigens auch Geinzens Lehrer haben möchten, so blieb doch das Schutzverhältnis zu der kleinen Wieb dasselbe und davon wußte mancher freple Junge nachzusagen. Auch sah man ihn wohl an Sonntagen mit seiner Mutter nach einem dürftigen, umweit der Stadt gelegenen Wäldchen wandern und bei der Rückkehr nebst dem leeren Probiantkorbe sein Schwellterchen auf dem Rücken tragen. Mitunter war auch die allmählich aufwachsende Wieb bei dieser Sonntagswanderung. Die stille Frau Kirch hatte Befallen an dem feinen Mädchen und pflegte zu sagen: „Daß sie nur mitgehen, Geinz, so ist sie doch nicht bei der schlechten Mutter.“

griff er nach seiner Hand und schüttelte sie heftig: „Sich hier nicht still, Geinz; für dich, nur für dich! Und komm auch allmählich wieder!“ Soja hatte er es hervorgerufen; dann ließ er die Hand seines Sohnes fahren und trat eilig nach dem Hof hinaus.

Ueberhaupt blühte ihm Geinz eine Weile nach; aber seine Gedanken waren anderswo. Er hatte Wieb am Tage vorher wiedergesehen; doch nur zu ein paar schlüssigen Worten vor Gelegenheit gewesen; nun wollte er noch Abschied von ihr nehmen, sie wie sonst noch einmal um den Hals zu fassen.

Es war ein kühler Maiabend; der Mond stand über dem Wasser als er an den Hafen hinabkam; aber Wieb war noch nicht da. Freilich hätte sie ihm gesagt d. h. sie abends bei einer alten Dame einige leichte Dienste zu versehen habe; desungedachtet, während er an dem einsamen Posten auf und ab ging, konnte er seine Linquid zum Niederzwingen; er schalt sich selbst und wußte nicht, weshalb das Klopfen seines Blutes ihm fast den Atem raubte. Endlich sah er sie aus der höher gelegenen Straße herabkommen. Bei dem Anblick des ihr voll entzückten, erhellte sie ihm so groß und schlau, daß er erst fast vergaß, daß sie es wirklich sei. Gleichwohl hatte sie den Oberkörper in ein großes Tuch verwickelt; einer Kopfbedeckung bedurfte sie nicht, den das blonde Haar lag voll wie ein Schloß über ihrem garten Antlitz. „Guten Abend, Geinz!“ sagte sie, als sie sich zu ihm trat; und ich überm. Ist das ein Fremder, berührte er ihre Hand, die sie ihm entgegenstreckte. Schweigend schaute er sie zu einem Boot, das neben einer großen Mauer im Wasser lag. „Komme mir!“ sagte er, als er hineingetreten war und der auf der Hafentreppe wir werden diesmal nicht gescholten.“

Als er sie in seinen Armen aufgefassen hatte, löste er die Tase und das Boot glitt aus dem Schatten des großen Schiffes auf die weite mondalternde Wasserfläche hinaus. (Fortsetzung folgt.)

angenommen. Annahme findet der Antrag der Koalitionsregierung, wonach der Reichskommissar von Fall zu Fall entscheidet, wann militärische und politische Organisationen von der Ablieferungspflicht befreit werden.

Die anderen Anträge der Koalitionsparteien werden ebenfalls angenommen. — Es folgt die dritte Lesung des Notenschaltetats.

Abg. Helfferich: Wir haben im Ausschuss unsere schweren Bedenken gegen die jetzige Wirtschaftspolitik zum Ausdruck gebracht. Mit Rücksicht auf die Geschäftslage werden wir erst im November bei der Beratung des Hauptetats darauf zurückkommen.

Minister des Innern Koch teilt mit, es werde daran festgehalten, daß in Deutschland nur solche aus dem Auslande bereinkommende Personen Unterkunft finden, die auf geordnetem Wege und mit einem Paß versehen hereinkommen.

Der Minister geht dann auf die Reichsschuldenfrage ein. Sehr wünschenswert wäre es, wenn wir als Gegenstück zum Reichswirtschaftsrat einen Reichskulturrat beständen.

Abg. Mumm (D.R.) bittet den Minister, im Sinne der bereits gefaßten Entscheidung des Hauses den Zugang fremdländischer Elemente abzuwehren.

Abg. Koppel (Dem.): Unsere Zustimmung zu der Entscheidung hat nichts mit Klassen- oder Klassenhaß zu tun. Die Abwehr der Massenwanderung ergibt sich lediglich aus der richtigen Haltung des eigenen Volkes.

Die Abg. Rosenfeld und Löwenstein (U.S.) beenden ihre abweichende Auffassung.

Abg. Kuntel (D.B.) empfiehlt die Herausgabe einer Zeitschrift über die Absichten bezüglich der Schulgesetzgebung und der Gründung eines Reichsschulamtes.

Abg. Breitfeld (U.S.): Es ist bezeichnend, daß gerade heute Herr Mumm eine Galanterie redet. In demselben Tage, an dem ein fremdstaatlicher Mann an die Spitze des deutschen nationalen medienburgischen Ministeriums getreten ist.

Abg. Rheinländer (Str.): Wir wünschen kein Reichsschulamt, weil die Länder die Schulhoheit behalten müssen.

Die Beratung wird abgebrochen. Mittwoch 1 Uhr: Fortsetzung der Haushaltsberatungen. Interpellation über Arbeitslosigkeit. Schluß 8 Uhr.

Aus der Partei.

Weingarten, 4. Aug. Sozialdem. Verein. Die nächste Parteiverammlung findet am kommenden Samstag, den 7. ds. Mts. abends 8 Uhr, im „Badischen Hof“ statt.

Gemeindepolitik.

Die Bürgermeisterräte in Unterwiesheim. Am 26. Juli wurde vor dem Bezirksrat in Bruchsal die Beschwerde gegen Bürgermeister Malet verhandelt.

Wir glauben, daß dem Verlangen der U.S.P. geschaffenes Heideberg und die Ausschreibung der Neuwahlen verlangte eine am Sonntag abgehaltene Generalversammlung des Ortsvereins Heideberg der U.S.P. Sollte der Stadtrat diesem Verlangen nicht stattgeben, dann wird die U.S.P. Parteileitung ihre gewählten Vertreter im Bürgerausschuß und in den Kommissionen zurückziehen.

Wir glauben, daß dem Verlangen der hiesigen U.S.P. gesellschaftliche Schwere entgegenstehen. Die hiesige Städteverwaltung kennt keine Auflösung dieser Körperschaften. Die Selbstverwaltung der Gemeinden ist auch in dieser Frage, wie in so vielen, beschränkt.

Aus dem Lande.

Heidelberg, 3. Aug. Wegen „unentschieden Benschens“ ist laut „Bad. Post“ der aus Wien stammende Student Fr. Groh in einer Hauptversammlung vor dem Engeren Senat auf zwei Jahre von der Universität ausgeschlossen worden.

Heidelberg, 3. Aug. In der Nacht zum Samstag wurde in der Villa eines Kaufmanns in der Albert-Heberlestraße eingebrochen.

Mannheim, 2. August. Im Hinblick auf die mehrfach vorgekommenen Zwischenfälle auf den Rheindampfern, wo deutsche „nationale“ Arbeiter usw. gefangen wurden, die von Fahrgästen, die den Besatzungsmächten angehörten, über bemerkt wurden, hat die Interalliierte Rheinlandskommission in einem beson-

deren Schreiben an den deutschen Reichskommissar für die besetzten deutschen Gebiete darauf aufmerksam gemacht, daß Stundgebungen auf den Rheindampfern, die geeignet sind, als gegen die alliierten Armeen oder gegen Angehörige der Besatzungsmächte (also auch gegen Zivilisten) gerichtet aufzufaßt zu werden unbedingt verboten sind und streng bestraft werden.

Bestia (Donauaußlingen), 3. Aug. Ueber den grauenvollen Reichenfund in einer hiesigen Scheune, von dem wir berichtet haben, erzählt man weiter, daß die vorgenommene Sezierung der Leiche nicht mit Bestimmtheit auf einen Mord schließen läßt.

Lobitz, 3. Aug. Als der Doppelmörder Klink, der den Landwirt Simon und seine Schwester ermordet, und herabgehört hat, an den Ort seines Verbrechens geführt wurde, fiel die empörte Menge über ihn her und schlug ihn mit Fäusten und Stänitzeln zu Boden.

Überbach, 4. Aug. Ein junger Mann, der unter der Beschuldigung infolge Abtreibungsversuchs den Tod eines 18jährigen Mädchens herbeigeführt zu haben, verhaftet worden war, hat sich im Gefängnis durch Erhängen selbst das Leben genommen.

Das Krifengespinn. Die Firma Heinrich Lanz in Mannheim hat bis jetzt 650 Arbeiter entlassen. Daraus sind auch eine Anzahl Beamte und Angestellte überflüssig geworden, so daß auch diese ihre Kündigung erhielten, wodurch sich die Zahl der Entlassenen auf etwa 750-800 erhöhen wird.

Vom Preisabbau.

Gegen die Preissteigerung der Landwirtschaftskammer.

Überlingen, 1. Aug. Der hiesige Kommunalverband hat beim Ministerium des Innern Vorstellungen erhoben gegen die von der Badischen Landwirtschaftskammer — Viehverwertungsstelle Freiburg — in der letzten Zeit bezahlten hohen Viehpreise, worüber aus verschiedenen Orten des Oberlandes und Bodenseegebietes in den letzten Tagen berichtet worden ist.

Amlich wird bekannt gegeben: In den letzten Tagen sind aus verschiedenen Orten des Landgerichtsbezirks Offenburg Klagen darüber eingelaufen, daß von Erzeugern und einheimischen Händlern vereinbarte angemessene Preise für Obst, zu denen die Erzeuger abzugeben anfänglich bereit waren, durch gewissenloses Ueberbieten seitens auswärtiger Händler hochgetrieben worden sind.

Gegen den Obsthandel.

Da anzunehmen ist, daß sich solche Vorgänge auch an anderen Orten des Landes wiederholen werden, sind die Staatsanwaltschaften beauftragt worden, den Obsthandel scharf überwachen zu lassen und in allen Fällen, in denen auf bezügliche Weise der angemessene oder der zwischen Erzeugern, einheimischen Händlern und Verbrauchern vereinbarte Preis getrieben wird, wegen Preistreiberei nachdrücklich einzuschreiten.

Wucherische Handelsgewinne. Zum Kapitel der Warenverwertung berichtet die „Mannheimer Volksstimme“: Die Firma Heitmannsperger u. Söhner in Bruchsal, die auch in Mannheim Vertreter hat, kam, als die Revolution 1918 ausbrach, aus Geresbeständen Schreibpapier, Notizbücher, Bleistifte, Gummi, Pinsel, Scheren usw. zu ganz enorm billigen Preisen.

Die Firma hatte dabei noch den großen Vorteil, daß sie ihre Kriegsanleihe als Zahlung abstoßen konnte. Diese so billig eingelaufenen Artikel wurden von der Firma größtenteils bis zum Anfang des Jahres 1920 zurückgehalten und erst dann, als diese Waren ganz ungeheuerlich im Preise gestiegen waren, durften die Vertreter die angestapelten Waren an die Kundenschaft verkaufen.

Stellung der Reichsbehörden zur Aufhebung der Zwangswirtschaft. Zu der teilweise erfolgten einseitigen Einstellung der Zwangswirtschaft in Baden wird der „Karlsruher Zeitung“ von zuständiger Seite geschrieben, daß eine völlige Freigabe der in Frage kommenden Lebensmittel und Bedarfsgegenstände nur durch die zuständigen Reichsbehörden erfolgen könne und daß die teilweise Aufhebung der Zwangswirtschaft in Baden in der Hauptsache die Erfassung der in Baden gewonnenen Erzeugnisse trifft.

entgegen den Vorschriften der Zwangswirtschaft erworben und außer Landes gebracht werden, außerhalb Badens von den zuständigen Behörden beschlagnahmt werden.

Aus dem Altal. Dem „Engländer“ wird geschrieben: Der Wirteverein Herrenthal hat es durch einmütiges und festes Auftreten erreicht, daß die dortigen Metzger das Fleisch nummehr tatsächlich zu dem Höchstpreis von 8 Mk. abgeben.

Mannheim 1. Aug. Von heute ab wurde der Brotpreis auf 3 Mk. für den Dreipfundlaib und auf 2.75 Mk. für das 1/2 Pf. Mehl herabgesetzt.

Bühl, 1. Aug. In einer Versammlung des Obstgroßhandels wurde der Preis für Zwetschen für den Erzeuger auf 70 Pf. verpakt frei Bahnhof auf 85 Pf. festgesetzt.

Nersingen, 2. Aug. Bei einer Holzversteigerung im hiesigen Gemeindefeld wurde für Langholz meistens nur bis zur Hälfte des Anslags und nur in ganz vereinzelten Fällen darüber geboten.

Walldorf, 2. Aug. In den hiesigen Wirtschaften ist der Weinpreis für das Viertel um 50 Pf., der Bierpreis für das Dreiviertel um 10 Pf. herabgesetzt und der Preis für 1/4 Liter Apfelwein auf eine Mark festgesetzt worden.

Siedingen, 29. Juli. Eine aus Ostprovinzen, Obsthandlern und Verbrauchern zusammengesetzte Kommission, welche sich heute im Bezirksamt über die Obstpreise beriet, kam zu folgenden Erzeuger-Richtpreisen für das Gebiet des Amtsbezirks Siedingen: Mostobst (Apfel und Birnen) 15-20 Mk., Wirtschaftsobst 25-30 Mk., Tafelobst 30-40 Mk., Steinobst (Säuerzwetschen) 25-30 Mk.

Dagern b. Waldsart, 2. Aug. Von Waldsarter Arbeitern wurde ein großer Transport Vieh, das nach Karlsruhe (?) verladen werden sollte, angehalten. 25 Stück Vieh sollen in die hiesige Mark abtransportiert werden.

Überach, 2. Aug. Da die Landwirte der Umgebung freiwillig vom 1. August ab den Erzeugerpreis für Milch um 30 Pf. ermäßigten, wird der Milchpreis in Lorsch für die Konsumenten von 2 Mk. auf 1.60 Mk. herabgesetzt.

Bretten.

Aus dem Gemeinrat. Die Eisenbahndirektion Karlsruhe hat auf die Vorstellung des Gemeinrats mitgeteilt, daß mit dem Bahnbau Bretten-Kittlingen erst begonnen werden kann, wenn den zur Wohnbauposition hierfür berechneten Beamten Wohnungen zugewiesen werden.

Baden-Baden.

Auch in hiesiger Stadt ist man seit kurzem bemüht, einen Preisabbau der wichtigsten Lebensmittel und Verbrauchsartikel herbeizuführen. Es schließt sich dieses in ruhiger Form und in zumteil annehmbarer Weise. Wenn man jedoch die Presse verfolgt — nicht die Hiesige, denn diese will ja Niemanden den Weg weisen — nicht die Hiesige, so findet man, daß es z. B. bei dem Vieh nach Baden, so findet man, daß es z. B. bei dem Vieh in anderen Gegenden spielen geht, während bei uns die Sache nach der Richtung hin sehr hupert.

Wenn nun ein Vertreter der Landwirtschaft bei jener Sitzung auf dem Hauptidee entgegenhielt, was für Preise für eine Milchkühe oder für Schmie und Wagner zu zahlen sind, so sei den Herren zugegeben, daß, wenn sie jede Woche einige Milchkühe brauchen oder fortlaufend Schmie- und Wagnerarbeiten zu bezahlen haben, sie auf Grund dieses Materialverbrauchs einen Umkehr- und Verdienst haben müßten, der ihnen aber dennoch einen Abzug ermöglicht. Jenen aber, die da glauben, man könne auch sofort bei den Abgaben abhauen, sei zugegeben: Laßt den Arbeitenden, ob Kopf- oder Handarbeit, die heutigen Löhne und laßt sie sich bei abgebauten Preisen erst einmal gründlich fassen, denn sie haben es alle bitter nötig, um wieder zu Kräften zu kommen, denn ihr Kapital ist ihre Arbeitskraft. Sind die Arbeiter wieder kräftig und mehr leistungsfähig, so kommt das auch den Landwirten zugute. Denkt auch an die Kinder der Arbeiter und nehmt Euch die Quäler zum Vorbild!

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 4. August.

Sozialdemokratischer Verein.

Es sei hiermit nochmals auf die heute abend im Kleinen Festhalleaal stattfindende Fortsetzung der Generalversammlung hingewiesen.

Die Ferienpausiergänge beginnen erst morgen Donnerstag. Umständehalber findet der erste Ferienpausiergang nicht heute, sondern morgen Donnerstag statt.

Zum Nachdenken.

Es war in einer kleinen Fabrik. Die Maschinen klapperten. Die Arbeiter arbeiteten. Rasch und eilig ging die Arbeit vorwärts.

Dann kam die Frühstückspause. Die Arbeiter setzten sich zusammen, erzählten, lachten, verschlungen in reichlichem Hunger die mitgebrachten Brote.

Der Besitzer der Fabrik ging durch den Arbeitsraum und plauderte mit den Arbeitern, sprach über die Ernährungsfragen und Politik. Er sagte: „Sie haben doch in der Zeitung gelesen...“

Niemand von den Arbeitern hatte das Betreffende in der Zeitung gelesen.

„Es hat doch aber ausdrücklich gleich auf der zweiten Seite gestanden.“

„Kein Mensch wollte verstehen.“

„Lesen Sie denn keine Zeitung?“

„Sie lesen alle die Zeitung, aber keiner hat das gelesen.“

„Welche Zeitung lesen Sie denn?“

„Und nun ergab sich das Unplausible: Die Arbeiter lasen die „Badische Presse“, das Kapitalistenorgan, und der Arbeitgeber den „Volksfreund“.

Sie hatten die wichtigen Fragen, die die Arbeiterschaft angingen, nicht gelesen, denn die „Badische Presse“ hatte nichts gebracht über die Fragen. Arbeiter aber lesen dieses Blatt.

Und der Arbeitgeber (ein weiser Mann) sagte: „Wenn Sie jemand schlägt, bezahlen Sie ihn auch noch dafür?“

Die Arbeiter lasen da und sagten kein Wort mehr...

Leitung über Beiträge für die Ferienpausiergänge.

Sozialdem. Verein 300 M., Gewerkschaftsliste 300 M., Metallarbeiterverband 200 M., Gemeinde- und Staatsarbeiterverband 50 M., Gen. Rapp 30 M., Gen. Staatsrat Marum 100 M., verschiedene Mitglieder der sozialdemokratischen Landtagsfraktion zusammen 50 M., Gen. Adria 10 M., Genoinn Schneider 10 M., Fr. Reich 10 M., zusammen 1097 M., wofür dankend quittiert Frau Stoll, Rudolfstraße 24 IV.

Weitere Gaben werden entgegengenommen: Expedition des „Volksfreund“, Aufsenstraße 24, sowie bei den Frauen: Stoll, Rudolfstraße 24, Fischer, Morgenstraße 24, Schwarz, Schützenstraße 10, Guntzer, Schillerstraße 25, Grabi, Blumenstraße 8, Herbrich, Wollstraße 16, Eckhorn, Durlacherstraße 14.

Zur Frage der ungeteilten Unterrichtszeit.

wird uns noch von einem Hauptlehrer geschrieben: Die Frage der ungeteilten Unterrichtszeit an der Volksschule ist in Karlsruhe durch einen Beschluss des Stadtrats vorläufig erledigt.

Der Stadtrat hat sich im Gegensatz zu den übrigen großen Städten des Landes, veranlaßt durch ein Gutachten des Herrn Stadtschulrates Dr. Paull, gegen die ungeteilte Unterrichtszeit erklärt. Die Stellungnahme des Stadtschulrates war deshalb überraschend, weil er vor Jahresfrist in einer öffentlichen Versammlung als warmherziger Verteidiger der ungeteilten Unterrichtszeit aufgetreten ist.

Das die frühere Auffassung des Stadtschulrates die höchstschmerzhafteste war, geht neben der Praxis an den Mittelschulen und Volksschulen der übrigen großen Städte des Landes aus einem Gutachten hervor, das der berühmte Hygieniker und Professor Dr. J. Trunpp in seinem 1906 erschienenen Buche „Körper- und Geistespflege im schulpflichtigen Kindesalter“ niedergelegt hat. Er schreibt Seite 29: „Ebenso muß aber auch immer wieder energisch dagegen protestiert werden, daß an unseren Schulen die Mittagspause an manchen Tagen nur zwei Stunden beträgt.“

Es müßte unter allen Umständen möglich gemacht werden, den Kindern eine dreistündige Pause zur Erholung und Verdauung zu verschaffen. Am besten wäre es, den Nachmittagsschulunterricht ganz zu streichen, dagegen den Vormittagsunterricht entsprechend zu verlängern. Die Erfahrungen, welche man neuerdings mit diesem Einheitsunterricht machte, sind durchgehend sehr gute. Durch Einschaltung von 10-15 Minuten langen Pausen zwischen den einzelnen Arbeitsstunden und einer halbtägigen Pause Mitte Vormittags zu ausgiebiger Bewegung eventuell Einnahme eines frugalen Z. Frühstück wird einer Uebermüdung vorgebeugt. Der freie Nachmittag und Abend läßt außer zur Anfertigung der Hausaufgaben noch hinlänglich Zeit zum Spazierengehen und Ausübung irgend eines der Gesundheit fördernden Sportes. Nicht nur der Gesundheitsstand, auch die geistigen Leistungen der Schüler werden bei diesem Regime anerkanntermaßen gehoben.“

Das ist die Ansicht aller maßgebenden Hygieniker und es ist auch die des Stadtschulrates Dr. Paull im Jahre 1919 gewesen. Sie deckt sich mit dem gesunden Menschenverstand von 96 Prozent treubeforderter Eltern unserer karlsruher Volksschuljugend wie sich durch Umfrage in einzelnen Klassen ergeben hat. Die Sorge für das leibliche und geistige Wohl der Kinder bäumt sich dagegen auf, daß sie an manchen Tagen in der Woche von 8-12 Uhr und von 2-5 Uhr bei einer Hitze von 28 Gr. C. im Zimmer, in der Schule sitzen müssen, während die besser ernährte Jugend vor dem Krieg bei 25 Gr. C. Hitzeferien hatte. Man ist offenbar in leitenden Kreisen der Meinung, daß die Fähigkeit, die Hitze zu ertragen, mit der Fähigkeit zu hungern proportional gewachsen ist bei unsern Kindern. Die Hauptfrage ist, daß das 20. Jahrhundert das Jahrhundert des Kindes genannt wird. G.

Sozialdem. Bürgerausschussfraktion. Freitag abend 5 Uhr Fraktionssitzung im Stadtratsgebäudeaal. Vollständiges und pünktliches Erscheinen aller Fraktionsmitglieder ist unbedingt erforderlich.

Die Weichner- und Inallatourerschule Karlsruhe i. B. hat nach 10monatlicher Dauer ihr Schuljahr geschlossen. Sämtliche Schüler haben sich mit Erfolg der Reifeprüfung an der hiesigen Handwerkskammer unterzogen. Vom 2.-14. August findet in der Pachtstraße ein Sonder-Casus statt, an dem sich 11 Schüler beteiligen. Der Casus will dem Absolventen der Pachtstraße die Möglichkeit bieten, eine geeignete Stellung in Gaswerken oder ähnlichen Gaswerkbetrieben als Hilfsbeamter oder Gasmeister und dergl. begreifen zu können.

Büchereiers Geschäft auf dem Samiederplatz hat sich, wie uns geschrieben wird, wirklich die Sympathien des karlsruher Publikums erworben, wie es nicht anders zu erwarten war. Das Unternehmen ist aber auch derartig einflussreich und zeitig, wie wir hier tatsächlich noch keines gesehen haben. Man weiß nicht, wem man den Vorzug geben soll, dem modernen Aufbau, der vornehmen, dezenten Durchführung der Vorstellung oder der Güte des allereinstufigen Programmes, das selbst die größten Unternehmungen hier noch nicht geboten haben. Besonders die Geschwister Wirtener leisten solch hervorragendes, daß sie selbst einem Silber Schaffer gleichgestellt werden können. Das übrige Programm schließt sich dem gleichwertig an. Tausende und aber Tausende füllen allabendlich den Platz, und wer nicht verjähren will, diese Attraktionen zu sehen, beeile sich, da nur ein kurzes Gastspiel vorgezogen ist.

Das Glüdespielgesetz. Bei den Behörden und dem Publikum besteht vielfach die Annahme, daß nach dem Glüdespielgesetz vom 2. Dezember 1919 Spielfußball und ähnliche Veranstaltungen behördlich erlaubt werden könnten. Um jeden Zweifel zu beseitigen, hat die Regierung Ausführungsbestimmungen erlassen, die seit 1. August 1920 in Kraft sind. Danach kann die behördliche Erlaubnis nur für sogenannte harmlose Glüdespiele, die sich mit geringen Einsätzen schon bisher auf den Jahrmärkten, bei Schützenfesten und behördlich zugelassen waren, erteilt werden. Spielfußball und sonstige Glüdespielveranstaltungen sind von der Zulassung ausgeschlossen. Eine etwa für solche Veranstaltungen erteilte Erlaubnis ist mit dem Inkrafttreten der Ausführungsbestimmungen ohne weiteres hinfällig geworden.

Ein Kaufmann als Betrüger. Ein hiesiger Kaufmann bezahlte einem Schuhmachermeister ein Paket, welches 26 Pfund Zucker enthielt, zu 24 Mk. Da das Paket aber statt Zucker Salz enthielt und der Käufer in dem Kaufvertrag geprellt war, wurde der Kaufmann wegen Betrugs festgenommen.

Ein Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen und einem Fuhrwerk einer hiesigen Güterbeförderung erfolgte am 2. d. M. nachmittags an der Ecke der Ertlinger- und Rottelstraße. Die vordere Plattform des Straßenbahnwagens wurde hierbei teilweise eingedrückt. Personen kamen nicht zu Schaden.

Valuta-Bericht vom 3. August.

Der Markkurs in der Schweiz notierte heute etwa 18,70 Cts. Auszahlung Holland notierte 14,85% M per holl. Gulden; Schweiz etwa 7,29 M per schw. Fr.; England etwa 161 M per Pfd. Sterling; Frankreich etwa 3,28 M per franz. Fr.; New York etwa 43 M per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 4. August 1920.

Vorausprognose bis Donnerstag, 5. August 1920: Zeitweise heiter, zunächst noch geringe Strichregen und vereinzelt Gewitter, warm; später trocken.

Letzte Nachrichten. Russisch-polnischer Krieg.

Russischer Seeresbericht.

Paris, 3. Aug. Die Agentur Havas verbreitet folgenden bolschewistischen Bericht vom 2. August: In der Gegend von Komza wurden die Ufer des Koba und Karem überschritten. Die Offensive wird erfolgreich fortgesetzt. Im Westen von Wialkoi wurde die Stadt Wolski besetzt, ebenso die Station Walfenach. Vier Armeen wurden erbeutet. Im Norden von Kobrin haben die bolschewistischen Truppen den Widerstand des Feindes gebrochen und neues Gebiet erobert.

London, 3. Aug. Ein Moskauer Funkpruch übermittelte folgenden bolschewistischen Seeresbericht: Im Abschnitt von Lomza haben wir diese Stadt besetzt. Südwestlich von Wialkoi haben unsere Truppen nach heftigen Kämpfen den Karem übergeben. Sie legen ihren Vormarsch fort. Nach heftigen Kämpfen haben wir am 1. August Wresl-Litowski genommen. In der Gegend des Elyr sind hartnäckige Kämpfe im Gange. Bei Zarnopol haben wir die Polen vom rechten Ufer abgedrängt. Im Arimaschnitt sind heftige Kämpfe in der Gegend des Flusses Kungstein im Gange.

Kopenhagen, 3. Aug. Einem Telegramm aus Warschau zufolge teilt der polnische Seeresbericht mit, daß die polnischen Abteilungen, unterstützt von den ersten Freiwilligenabteilungen, heftige Angriffe längs des Karem-Flusses abgefeuert haben und dem Feind große Verluste beigebracht haben. In der Gegend von Wroby nahmen die Kämpfe für die Polen eine günstige Entwicklung.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ gibt eine Meldung des Kopenhagener Blattes „Berlinsche Titens“ wieder, daß General Biludski die Oberleitung des polnischen Heeres an die Franzosen abgetreten habe.

Der russische Vormarsch.

Nach Privatmeldungen geht der Vormarsch der russischen Truppen weiter in der Richtung Warschau. Während die Kavalleriedivisionen den Vorflügel der polnischen Verteilungslinie an der Wisla-Narew erreicht und an einigen Stellen durchbrochen haben, stehen die Truppen der vierten Armee im Kampf gegen die polnischen Nachhut, die hauptsächlich aus polnischer Infanterie bestehen. Da der polnische Vorflügel völlig zerstückelt ist, können die russischen Truppen in zwei Tagen den südlichen Ufer des polnischen Korridors erreichen und damit den Bahnverkehr zwischen Danzig und Warschau sowie gefährden, daß die Polen nicht mehr auf die in Danziger Hafen ankommenen Waffen- und Munitionstransporte der Entente rechnen können. Die Entschlossenheit der Russen, die Polen aus dem Korridor zu vertreiben, wird von russischen Offizieren allgemein betont.

Die letzten Berichte der französischen Mission in Warschau melden, daß die Reorganisation der polnischen Armee zwar Fortschritte mache, daß die militärische Lage aber immer noch hoffnungslos sei.

Die zuverlässigste Stimmung, die sich in Erwartung des Waffenstillstandes bemerkbar zu machen begann, ist einem ersten Schritt zum Frieden gewichen. Alle Hoffnungen auf Vereinerung von der Besetzung Warschaus sind geschwunden; „Kurier Polski“ befürchtet, daß die Sowjetregierung den Abschluß des Waffenstillstandes bis zur Einnahme der polnischen Hauptstadt hinauszuziehen will. Nach angefangenen Funkberichten ist die Besetzung Warschaus durch die roten Truppen für den 9. August vorgesehen.

Die Waffenstillstandsverhandlungen ausgelegt.

Nach der „Post“ (Zg.) meldet die polnische Waffenstillstandsdelegation vom 2. August dem polnischen Minister des Auswärtigen aus Moskau, daß der Vertreter des Sowjetkommandos in Warschau sich mitgeteilt habe, daß die Sowjetregierung nicht nur über den Waffenstillstand, sondern auch über den Frieden verhandeln wolle. Diese erzielten Verhandlungen sollen am 4. August in Moskau beginnen. Da die Waffenstillstandsabordnung keine ausreichenden Vollmachten für die Friedensverhandlungen besaß, seien die Sowjetvertreter, man möge die polnischen Vollmachten erweitern, oder mit neuen Vollmachten versehen delegierte werden.

Ein revolutionäres Komitee in Polen?

London, 3. Aug. Ein Moskauer Funkpruch meldet die Bildung eines revolutionären Komitees in Polen mit Julius Karlewski als Präsidenten. Dieses Komitee soll sich an die Arbeiter Polens wenden, die zur Erhebung gegen die bürgerliche Regierung Kublowski aufgefordert werden sollen. (Da die Nachricht von polnischer Seite nicht bestätigt wird, muß sie mit allem Vorbehalt aufgenommen werden.)

Zur Frage der Truppentransporte durch Deutschland.

Den Abendblättern zufolge wünschte eine Kommission der Eisenbahnerorganisation vom Minister Ordnung eine Stellungnahme zu den Truppentransporten durch Deutschland. Sie verlangte, daß auch das Auswärtige Amt gegen die Entente truppentransporte protestiere, und daß die Regierung selbst unter Beihilfe der Eisenbahnervereinigungen die Ueberwachung der Bahnstrecken übernehme. Der Minister erklärte wiederholt, daß Deutschland durch gewisse Abmachungen gebunden sei und den Transport von Truppen und Heeresmaterial der Entente nicht ohne weiteres zurückweisen könne.

Konferenz der Ernährungsminister.

Berlin, 3. Aug. Beim Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat eine Besprechung mit den Ernährungsministern von Bayern, Württemberg und Hessen stattgefunden, die sich auf alle wichtigen Gebiete der Ernährung bezog. Die eingehenden Verhandlungen ergaben den einseitigen Willen, den Abbau der Zwangswirtschaft gemeinsam durchzuführen. Hinsichtlich des Preisregimes herrschte volle Uebereinstimmung dahin, daß die freie Bewirtschaftung und die schärfste Erfassung durchgeführt werden müsse und daß hier keinerlei Ueberlegung getroffen werden darf. Auch für Milch, Futter und inländischen Käse soll keinerlei Uebertragung eintreten. Für Getreide soll die Aufhebung der Bewirtschaftung erfolgen. Ueber die Bewirtschaftung oder die Freigabe der Kartoffeln soll ein Beschluß in der ersten Hälfte des August gefaßt werden. Falls sich eine befriedigende Ernte erwarten läßt, wird die Freigabe als zweckdienlich bezeichnet. Die Fleischbewirtschaftung könne im Herbst ihr Ende erreichen. Die Fleischkarte soll sofort aufgehoben und durch die Kundenliste ersetzt werden. Bei den Schlachtviehpreisen wurde eine Ermäßigung von durchschnittlich 40 M für den Dmtr. Lebendgewicht unter Einführung einer neuen Klasse für geringwertiges Vieh mit einem Preisfuß von 850 M gefordert. Von den Kriegsgesellschaften sollen nur die weiter bestehenden bleiben, welche die Zentralbewirtschaftung der wichtigsten Nahrungsmittel (Getreide, Milch usw.) ausüben, aber auch innerhalb dieser wird eine mögliche Vereinfachung und Vereinfachung angestrebt.

Schulstreik in Düsseldorf.

Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ aus Düsseldorf meldet, hat der bereits angekündigte Schulstreik der zu einem Verbande zusammengeschlossenen freien christlichen Vereine gefestigt begonnen. Die Kinder sollen so lange aus den Konfessionsschulen zurückgehalten werden, bis die für die Disidentenfürder vom Kultusminister beschlossenen Einigungsschulen in Angriff genommen worden sind.

Vereinsanzeigen.

Karlsruhe. („Lafalla“) Donnerstag, 5. August, abends 8 Uhr Zusammenkunft bei Mitglied Kerner zur „Platane“, Ecke Ruppurrer- und Weberstraße. 4777

Karlsruhe. (Gesangverein „Volkssänger“) Donnerstag, 5. August, abends 8 Uhr, Zusammenkunft in der „Krone“, Ecke Hardtstraße. Um vollgültiges Erscheinen bittet Der Vorstand. 4776

Karlsruhe. (Gesangverein „Einigkeit“) Donnerstag, 5. August, abends 8 Uhr, Ausfühung im „Scheffelhof“. — Freitag 1/8 Uhr Singstunde in der Schillerstraße. Vollgültiges und pünktliches Erscheinen aller Sänger unbedingt erforderlich.

Karlsruhe. (Freie Turnerschaft.) Donnerstag, 5. August, abends 7 Uhr, Vorstandssitzung auf dem Turmplatz. Erscheinen aller Vorortner und Turnwart sowie des Spielausschusses notwendig. 4778

Durlach. (Vejel 3. Arb.-Radfahrer-Verein.) Morgen abend 8 Uhr treffen sich die Vereinsvereine zur Lampionfahrt in Durlach bei Georgenstraße Haber „zum goldenen Mann“ daselbst. Lampion, Aera, und Stock nicht vergessen, sonst mühen der Fahrer. Preis wird um vollgültiges Erscheinen gebittet. 4783

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten. Theodor Schach von hier, Abfüller hier, mit Katharina Geiger von hier. Julius Wehler von Triebren, Rechtsanwalt hier, mit Dorothee Hemming von Weiskensfeld. Karl Kraft von hier, Werkzeugmacher hier, mit Maria Krieg von Gengenbach.

Geburten. Kamilla Ingeborg, v. Wilh. Fries, Schreibgehilfe, Georg Werner, v. Georg Lub, Maurer. Hermann Karl, v. Hermann Gerlach, Druckereiarbeiter. Karl Heinz Ernst, v. Ernst Vippel, Schreinermeister. Hildegard Verla, v. Bernhard Streck Tagelöhner. Friedrich Ewald, v. Friedrich Zimmermann, Hafnarbeiter. Gertrud Liselotte, v. Eugen Schuppfer, Kaufmann. Gertrud Lina Mathilde, v. Franz Clapper, Kaufmann. Liselotte Margarete, v. Max Kichling, Elektrotechniker. Hans Hermann Karl, v. Hermann Nies, Postbote. Hildegard Maria Elisabeth, v. Bernhard Holz, Kaufmann. Jakob, v. Josef Träger, Bäcker. Liselotte Elia, v. Eugen Brannath, Schlosser. Walter, v. Franz Vierhaller, Politischer. Verlobt Georg, v. Edmund Fischer, Monteur. Helene Anna, v. Richard Ginzler, Abteilungsvorsteher b. d. Handelskammer. Margarete Anna Beth, v. Karl Herrmann, Kaufmann.

Todesfälle. Adolf Wuse, Chemann, Betriebskauffeher, alt 23 J. Elisabeth Hoppen, alt 23 J., Witwe von Jakob Kopping, Schumann. Anna Müldert, alt 30 J., Ehefrau von Valentin Müldert, Hauswart. Hilba, alt 7 Mon., v. Wilh. Kattner, Postbote. Luise Hummel, alt 70 J., Ehefrau von Jakob Hummel, Verkaufshefer a. D. August Heßnermeister, Witwer, Privatmann, alt 83 J. Adolf Wunich, Chemann, Schuhmachermeister, alt 55 J.

Wasserstand des Rheins.

Schutterinsel 226, gef. 2; Rehl 324, gef. 4; Maxau 405, gef. 6; Mannheim 412, gef. 1 Zentimeter.

Palast-Theater

Moderne Lichtspielbühne
Herrenstr. 11 Telefon 2502

Mittwoch-Freitag.

Der Herr der Welt.

Sensationsdrama in 5 Akten.
Verfasst und in Szene gesetzt von
Rudolf del Zopp.

In der Hauptrolle:
Louis Ralph.

Ferner:

Henny Porten in Die lebende Tote.

Schauspiel, 5 Akte. 4765

Gross-Varieté Birkeneder

auf dem Schmiederschen Platz
Täglich abends 8 Uhr der grosse erfolg-
reiche Spielplan.

Heute Abend

Riesen-Feuerwerk!

NB. Bei ungünstiger Witterung findet die
Vorstellung am nächstfolgenden schönen
Tage statt. 4779

Kragen -Wäscherei Schorpp

Liefert schnellstens
**Stärke-
Wäsche**
Annahmestellen:
Karlsruhe
Ludwig-
Wilhelmstr. 5,
Kaiserstr. 34 u. 248
Görwigstrasse 40
Amalienstrasse 15
Waldstrasse 64
Wilhelmstrasse 32
Augustastrasse 18
Schillerstrasse 18
Kaiserallee 37
Gabelsbergerstr. 1
Rheinstrasse 13.
Durlach: 2021
Hauptstrasse 15.

Hand-Käse 50 Pfg. Limburger- Käse Kannkuchen

Trichter eingetroffen

Steuerfrei

bleiben meine getrock-
neten Heidelbeeren
mit Zutat. Zur Zu-
sammengärung mit Jo-
hannisbeeren, Stachel-
und Heidelbeeren sehr
zu empfehlen. Von
Tausenden verwendet.
Glänzende Anerkenn-
ungen. **Ruf Heidel-
beeren** mit Zutat
mit Süsstoff
Pakete zu 50 Lit. M. 24.50
100 „ 48.50
ohne Süsstoff die 100
Lit.-Pak. 6 M. weniger.
Ferner **Ruf Kunst-
mostansatz** m. Heidel-
beersatz und mit
Süsstoff in Flaschen
zu 50 Liter zu M. 12.—
und zu 100 Lit. M. 22.—
per Flasche.

Robert Ruf Heidelbeer-Versand Ettlingen.

Niederlagen: Drogerie
E. Deuble Nachfolger,
Karlsruhe, Augarten-
str. 24. E. Ruf, Karls-
ruhe, Yorkstr. 90. Aug.
Arheidi, Grötzingen.
W. Ruf, Söllingen. Fr.
Wwe. Strübel, Aue bei
Durlach. J. Stiebel,
Durlach. Aug. Peter
Nachfolger, Durlach.
Man achte auf den
Hersteller Robert
Ruf, Heidelbeer-Versand,
Ettlingen und
weise Pakete ohne
Plombenverschluss, die
meine Firma tragen,
zurück. 4389

Wohnungstausch mit Freiburg.

Gewerkschaftsbeamter sucht seine sich in Freiburg
befindende 4-Zimmerwohnung gegen eine solche in
Karlsruhe zu tauschen. Angebote unter Nr. 4700
an das Volksfreundbüro.

VORTEILHAFT KAUFEN SIE

STÖCKE, SCHIRME
UND PFEIFEN



BEIM FACHMANN
FRANZ DORNHEIM
DREHSLERMEISTER, SCHÜTZENSTR. 36
ERSTKLASSIGE REPARATURWERKSTÄTTE



**Karlsruher Parkett- u. Fenster-
Reinigungs-Institut**
Reinigen von Parkettböden
Fenstern u. Glasfächern
Adolf Kiesel, Rudolfstr. 25 III

Raucher dank!

Das sicherste Mittel,
das Rauchen ganz oder
teilweise einzustellen.
Wirkung verblüffend.
Auskunft umsonst. 1909
Versandhaus Urania
München R. 33, Waltherstr. 23.

Chaisetongues

in bester Ausführung, em-
pfehlen Kammerer, Bil-
helmstr. 35, Hof. 4781

Kindewagen

gut er-
halten zu verkaufen.
Bismarckstr. 32,
I. Stb. part. rechts.

Kind-Wagen

sehr gut erhalten zu ver-
kaufen Karlsruhe-Rüppurr
Hauptstr. 23, III.

Safenstall,

biertellig, mit 4 Sägen,
billig zu verkaufen. 4780
Winterstr. 42, Hof. 3. Et.

Ab Heute Die Herrin der Welt

2. Teil.
Die Geschichte der
Maud Gregaards.
Central-
Lichtspiele
Karlriedrichstr. 26
Sonntags bis 4 Uhr Jugendvorstellung.

Gallensteine

beseitigt schmerzlos unser ärztlich em-
pfohlenes Beugamt. Prospekt gratis.
Beumers & Co., Köln, Saliering 55.

Herrenzimmer

noch wie neu, in dunkel Eichen, umständelhalber billig
zu verkaufen. 4727
Ruitstr. 33, III. links

Keine Wanze mehr.

Nicodaal, Erfolg verblüffend. Restl. Vertilg.
Beste Zeit z. Brutvernichtung.
Kinderleicht anzuwenden, altbewährt, Doppel-
pack Mk. 5.— Verkauf bei Drog. O. Fischer,
Karlsruh. 74, Drog. R. W. Lang, Kaiserstr. 24.
Bitte ausdrücklich nur Nicodaal zu verlangen.

Dr. Witz, Karlsruhe
Georg-Friedrichstr. 7
Homöop. Fachbe-
handl. u. Bruttvernichtung.
Nieren-, Kropfstr.
Spezialschreib-
versand wöche. 4 M.

Kaufe

getrag. Kleider, Schuhe,
Weitzug, Möbel aller
Art, zu weilen Preisen.

H. Schap,
67 Kaiserstr. 67,
(Eingang Waldhofstr.)

„Nissin“

gegen
Kopfläuse

Nichts anderes nehmen!
Zu haben in allen Apo-
theken und Drogerien.

Gebrüder Scharff

Wir empfehlen:

**Sneise-
Essig**

per Liter M. 1.—

**Einmach-
Essig**

per Liter M. 1.50

**Wein-
Essig**

per Liter M. 3.50

Echtes Saliegl-
**Pergament-
Papier**

per Rolle M. 1.—
(1 Bogen)

sowie sämtliche
Gewürze u. Ein-
machartikel.

Neu! Frauenstimmen

Beiträge der sozialdemo-
kratischen Volksvertre-
terinnen zu den Zeitfragen
Preis 2,25 Mark
und 20% Feuerungszulag
Porto extra.
Volksbuchhandlung Karlsruhe
Hlerstr. 16 Telefon 3701

Baubund-Möbel

kaufen Sie preiswert
und formschön gegen Barzahlung oder
erleichtert. Zahlungsbedingungen

Badischer Baubund G. m. b. H.
Karlsruhe

Karl-Friedrichstr. 22 (Eckhaus Rondellplatz)
Täglich geöffnet von vormittags 8—12,
nachmittags von 2—6 Uhr.
Fernsprecher 5157.

Sacco-Anzüge,

Sancting, Frack, Cuta-
van u. geit. Hoien, Über-
gangs-Mäntel, Stiefel,
Hüte, Uniformmäntel,
Hosen u. i. versch. billig
abzugeben. 4773
Essenweilstr. 32, 2. St.
Aretad.

Anzug, grau, f. j. Mann,

zu verkaufen: 2 vollst.
Betten, Plüschsofa mit zwei
Sesseln, Waschtisch, Kommode,
2 Schränke, auf 1 Kisten-
tisch, Kochtisch, Detektor,
Piegestuhl, Lächentische,
Reiniger mit 2 Böden,
Stuhlstr. 109 III. 4782

Nach dem Kundenscheine der Badischen Lan-
desgetreidestelle Nr. L 8780 vom 21. Juli 1926
hat das Direktorium der Reichsgetreidestelle
keine Zustimmung gegeben, daß auch in diesem
Jahre die gesammelte Lehrfrucht den Sammlern
bis zu einer bestimmten Menge freigegeben
wird. Es gelten hierfür die gleichen Bestim-
mungen wie im Vorjahre. 2194
Den Bürgermeisterämtern wird noch besondere
Beizung zugehen. D. S. 239
Badisches Bezirksamt Karlsruhe.

Verkehr mit Zentrifugen betr.

In letzter Zeit mehrten sich die Fälle, in denen
Zentrifugen und Buttermaschinen öffentlich angeboten
oder in Schaufenstern ausgestellt sind. Dieses
Verfahren steht in Widerspruch mit der Bekannt-
machung des Reichsgetreideamtes über den Ver-
kehr mit Zentrifugen und Buttermaschinen vom
24. März 1917 (R.G.B. S. 230).

Darüber ist die Erwerbung von Zentrifugen
oder Buttermaschinen nur gegen Bezugschein ge-
stattet, der beim zuständigen Kommunalverband zu
beantragen ist.

Der Verkäufer oder Händler darf Zentrifugen
oder Buttermaschinen nur gegen Empfang ungültig
zu machen und am 1. jeden Monats dem Kommunal-
verband abzuliefern sind.

Die Händler usw. haben über den Bestand und
die Abgabe oder die Vermittlung der Abgabe Buch
zu führen; auch sind die Kommunalverbände berech-
tigt, die Bücher und Bestände durch ihre Beauftragte
kontrollieren zu lassen.

Die Anbreitung von Zentrifugen oder Butter-
maschinen in Zeitungen oder durch andere für einen
größeren Personencreis bestimmte Bekanntmachung ist
verboten, ebenso die Ausstellung in den Schaufenstern.
Der Händler ist verpflichtet, einen Abdruck
obiger Verordnung in den Geschäftsräumen an
angewiesener Stelle anzuhängen.

Gegen Zuwiderhandlungen werden wir streifen
vorgehen.
Karlsruhe, den 29. Juli 1926. 2200
Bad. Bezirksamt. D. S. 234

Preisprüfungsstelle.

Die Preisprüfungsstelle der Stadt Karlsruhe
befindet sich **Kaffee Rowak**, Eingang Rowaks-
anlage Nr. 19, III. Stock. 2193

Sprechstunden: 9—11 Uhr vormittags und
2—3 Uhr nachmittags.
Karlsruhe, den 3. August 1926.
Preisprüfungsstelle.

Bruchialer Anzeigen.

Städt. Lebensmittel-Verkauf
Säfte am Donnerstag, den 5. August ds. Jh.
bei Buchh. G. und H. gegen die Käsemärkte 11
50 Gramm zu M. 1.— 2197

Bruchial, den 4. August 1926.
Die Geschäftsstelle des Kommunalverbandes
Bruchial-Stadt.

Nastatter Anzeigen.

Die Preisprüfungskommission hat für die Zeit
vom 4.—11. August folgende Preise für Obst u. Gemüse
festgelegt, die unbedingt einzuhalten sind.

Gemüse:

	Markt	Laden
Blumenkohl bis zu	1.50	1.70
Kartoffeln	0.40	0.50
Wirsing	0.30	0.35
Spinat	0.35	0.40
Wangold	0.40	0.50
Bohnen, grün	0.20	0.25
Bohnen, gelb	0.40	0.50
Stangenbohnen	0.30	0.35
Erbsen, grün	0.30	0.35
Kartoffeln mit Kraut	0.20	0.25
Rüben, gelb	0.20	0.25
Rüben, rot	0.25	0.30
Wasserkressen	0.15	0.20
Tomaten	1.00	1.00
Marjoram	0.20	0.25
Wasserkressen mit Schoten	0.25	0.30
Wasserkressen ohne Schoten	0.45	0.50
Wasserkressen	0.05—0.20 0.05—0.20	
Salatgurken	0.20—1.00 0.20—1.00	
Wasserkressen	0.02—0.05 0.02—0.05	
Wasserkressen	0.10—0.20 0.10—0.20	
Wasserkressen	0.10—0.25 0.10—0.25	
Kartoffeln	0.35	0.40

Obst:

	Markt	Laden
Äpfel, süß	0.60	0.70
Pflaumen	0.40	0.50
Wasserkressen	0.30	0.30
Wasserkressen	1.00—2.00 1.00—2.00	
Wasserkressen	1.30	1.30
Wasserkressen	0.90	1.00
Wasserkressen	1.80	1.80
Wasserkressen	2.00	2.00
Wasserkressen	0.70	0.80
Wasserkressen	0.80—1.00 0.80—1.00	
Wasserkressen	0.40	0.50
Wasserkressen	0.60—0.80 0.60—1.00	
Wasserkressen	0.40	0.50
Wasserkressen	0.20	

Nastatt, den 3. August 1926. 2198
Das Bürgermeisteramt.

DRUCKSACHEN

ALLER ART

für Behörden, Handel u. Ge-
werbe sowie privaten Bedarf
liefert in geschmackvoller u.
preiswerter Ausführung in
Schwarz- und Buntdruck

Buchdruckerei „Volksfreund“
Karlsruhe Geck & Cie. Luisenstr. 22